

Bremer, Rainer; Schenk, Barbara
Politische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Kritik

Pädagogische Korrespondenz (1987) 2, S. 5-15



Quellenangabe/ Reference:

Bremer, Rainer; Schenk, Barbara: Politische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Kritik - In: Pädagogische Korrespondenz (1987) 2, S. 5-15 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-53819 - DOI: 10.25656/01:5381

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-53819>

<https://doi.org/10.25656/01:5381>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Aus Wissenschaft und Praxis

- 5 *Rainer Brehme / Barbara Schenk*
Politische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Kritik

Kältestudie I

- 16 *Andreas Gruschka*
Erlassene Hausaufgaben gegen unterlassene Pädagogik

Kältestudie II

- 23 *Rainer Bremer*
Bericht über einen alkoholabhängigen Lehrer, empörte Eltern und die Standfestigkeit einer Schule

Das aktuelle Thema

- 29 *Andreas Gruschka / Günter Rüdell*
Die Verlängerung oder Verkürzung von Schul- und Ausbildungszeiten

Der Reformvorschlag

- 40 *Rüpel*
Die Konferenz der Kultusminister: Abschaffen!

Dokumentation

- 46 *Was der Senator erzählt ...*
Senator Franke am 24. 6. 1987 vor der Bremischen Bürgerschaft

Post aus der Fremde

- 49 *Martin Korol*
Postmoderne, Jugend und die neue Bohème

»Freundlicher Hinweis«

- 63 *Frank Kiewit*
Schöne Aussichten: Postmodern, postmaterialistisch, hedonistisch oder integrationsbereit, aber ausgegrenzt

Aus dem Gestrüpp des Institutionalismus

- 65 *Das Landesarbeitsamt NRW zu:*
Förderungsmöglichkeiten für Berufsanwärter und arbeitslose Mädchen und Jungen

Gegen das Selbstverständliche

70 *Stefan Blankertz*

Die »aktive Bildungspolitik« in der Krise. Zur ideologischen Rolle der Pädagogik

Aus den Medien

82 *Michael Brinkhoff*

»Mit Vollgas ins Nichts« – Gedanken über die Welt des Magazins
»Sports International«

Über exemplarische Neuerscheinungen

88 *Michael Tischler*

Das Verschwinden der Pädagogik und der Kritik in »Kritischen Theorien der Pädagogik«

Vermischtes

99 *Arthur Schopenhauer*

Über Philosophie und ihre Methode

99 *Paolo Conte*

Max

Rainer Bremer

Barbara Schenk

Politische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Kritik

I. ALLTÄGLICHES

Im Mittagsmagazin einer Rundfunkanstalt stritten sich ein Physiker und ein Gewerkschafter, unterstützt vom Moderator, acht Minuten lang über die Kollegschule Nordrhein-Westfalens. Anlaß war eine Richtlinie für das Fach Physik. Dem Physiker hatte, wie er sagte, das, was er da eher zufällig in die Hand bekommen hat, anfangs gut gefallen: Der Unterricht sollte Fragen und Erfahrungen der Schüler aufgreifen können, Physik sollte so unterrichtet werden, daß Physik für ihre Lebensführung Bedeutung hat und daß sie als Erwachsene im Beruf, im öffentlichen und privaten Leben mit Physik etwas würden anfangen können. Aber beim Weiterlesen habe er feststellen müssen, daß um dieses Zieles willen, das, was er als Physiker unter Physik verstehe, in ganz unzulässiger Weise auf einen dreijährigen Unterricht über Energie verkürzt worden sei. Physik jedoch sei viel mehr, sei vielfältiger, erschließe weiterreichende Erfahrungsgebiete, Gesetze und Theorien. Diese Kollegschulphysik sei keine Physik mehr. Kollegschule deformiere Wissenschaft um ihres ideologischen Programms willen.

Der Gewerkschafter hatte dagegen gehalten: Im Kollegschulunterricht dürfe es nicht um das unverbindliche Allgemeine gehen, das Schüler nicht mit einer eigenen Lebensperspektive verbinden könnten. Chancengleichheit könne nur erreicht werden, wenn die Schüler eben auch das Lernen im Fach Physik auf ihre Berufs- und Lebensperspektive beziehen und somit für sich als bedeutungsvoll erleben könnten. Die Physik an sich – und das professorale Verständnis von Physik – könne und dürfe nicht zum Maßstab der Bildungsplanung für die nachwachsende Generation gemacht werden.

In acht Minuten kann man kaum mehr sagen. Man kann in dieser Zeit die angeschnittenen Probleme auch nicht auseinanderpflücken und neu zusammensetzen. – Versuchen wir es nachträglich hier: Der Gewerkschafter versteht nichts von Physik, ist aber für die Kollegschule. Er kennt die kritisierte Physikrichtlinie nicht, könnte sie, auch wenn er das Papier läse, kaum beurteilen. Er verteidigt sie, da sie Teil der Kollegschule ist. Indem er die angegriffene Kollegschule verteidigt, verteidigt er auch die Richtlinie. Dem Physikprofessor ist das Gymnasium vertraut, die Kollegschule fremd. Er prüft die neue Schulform in dem Bereich, in dem er sich kompetent weiß. Denn was Physik ist, weiß er aus Hochschullehr- und Forschungserfahrung. Er stellt fest: Das, worauf Kollegschule hinaus will, verballhornt die Wissenschaft Physik. Gelingt Bildung in der Kollegschule nur dann, wenn deren

Schulfächer die ihnen korrespondierenden Wissenschaften bis zur Unkenntlichkeit verzerren, ist die Kollegscheule nicht akzeptabel.

Der Professor und der Gewerkschafter stritten über ein Phantom: Die umstrittene Richtlinie war nur ein Vorentwurf. Ausgelöst hat den Irrtum die vernarrte Liebe eines Kollegschul-Mitarbeiters zu einem erstklassigen Textverarbeitungsprogramm, über das sein PC verfügte. Der Mitarbeiter brachte seinen 1. Entwurf in eine so vollendete äußere Form, daß dieser von manchen Lesern für das fertige Produkt gehalten wurde. Der Rohentwurf wurde später, wie geplant, weiter bearbeitet – durchaus im Sinne des Physikers –, der Schaden aber, den der Ruf der Kollegscheule wegen der Diskussion um das unvollendete Papier nahm, blieb.

War der Streit im Mittagmagazin vielleicht nur eine Panne, ein Einzelfall? Wohl kaum. Zwar kann man von einem Physiker nicht erwarten, daß er eine Richtlinie, die ihm zur Kenntnis kommt, zunächst auf seine Rechtmäßigkeit prüft. Und ein Gewerkschafter kann ja wohl kaum jedes Kollegschulpapier auf seine fachliche, hier didaktische, Qualität prüfen, bevor er es akzeptiert. Aber unterstellt, die Kontrahenten hätten vor der Diskussion vollständige Informationen erhalten, wäre dann ihre Kontroverse fruchtbarer geführt worden? Für den Gewerkschafter wäre sie auch dann noch nur eine von sehr vielen bildungspolitischen Auseinandersetzungen gewesen, ihn hat nicht stutzen lassen, daß der Physiker seine Kritik an der Richtlinie mit rationalen Argumenten stützen konnte. Und der Physikprofessor hat dem Kollegschulgedanken offenbar so wenig Rationalität unterstellt, daß er selbst das Gewicht seines sehr partikularen Gegenarguments am Schulversuch als Ganzem nicht relativieren konnte.

Die Episode war ein Lehrstück des politischen Alltags:

II. DER STREITFALL

Kollegscheule ist ein Programm zur Integration beruflicher und allgemeiner Bildung mit inzwischen zehnjähriger Erprobungspraxis. Das Programm und seine Praxis haben seit Versuchsbeginn viele Aspekte hinzugewonnen, von denen sehr wenige in die öffentliche Diskussion vordringen. Diese konzentriert sich vielmehr auf die Verbindung einer beruflichen Erstausbildung mit dem Abitur. Aus Gründen interministerieller Zuständigkeiten sind einige ausgewählte Erstausbildungen in dieses Programm der Doppelqualifikationen einbezogen. Die Kultusminister der Länder haben die rechtliche Verfügung – die Rüpel in diesem Heft unter die Lupe nimmt – über die berufliche Erstausbildung. Wenn derzeit über Kollegscheule gestritten wird, so über dieses Detail: Die Verbindung von Abitur und beruflicher Erstausbildung »Technischer Assistent« und (ebenfalls in der Kompetenz der Länderminister) »Erzieher«.

Die Ausbildung Technischer Assistenten dauert nach der 10. Klasse zwei Jahre. Zum Abitur braucht man nach der 10. Klasse drei Jahre. Assistent plus Abitur dauert also zwei plus drei gleich fünf Jahre¹.

Das Kollegschulkonzept sagt aber etwas anderes: Gymnasiale Bildung sei zu unverbindlich, zu allgemein – zumindest für sehr viele motivierte, interessierte und

begabte Jugendliche. Umgekehrt sei die Assistentenausbildung zu eng an heute erforderliche berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten gebunden und unterfordere die Lernfähigkeit und Kreativität vieler an diesen Berufen interessierter junger Menschen. Bildung *im Medium eines Berufs* führe *innerhalb von drei Jahren* zu einer besseren Studienvorbereitung *und* einer besseren Berufsvorbereitung als es im Regelsystem jeweils getrennt in zwei oder drei Jahren gelinge. Diese Behauptung wird auch in der Praxis bestätigt: Im Anschluß an diese doppeltqualifizierenden Bildungsgänge entscheiden sich die Jugendlichen relativ zügig für eine berufliche Praxis, die sie gut bewältigen, oder für eine Studienrichtung, die sie nicht mit mehr Problemen als ihre Kommilitonen mit gymnasialer Bildungskarriere erfolgreich abschließen. Was sagen Kultusminister zu den Ergebnissen einer Reform, die sie nicht wollen? 1. Vor wenig informierten Publikum heißt ihre Formel $2+3=5$. Richtig. Da sie den Schulversuch angeblich nicht blockieren wollen, bieten sie großzügig einen Integrationsbonus von -1 an: $2+3-1=4$. Sie stimmen vierjährigen doppeltqualifizierenden Bildungsgängen zu. Mehr kann niemand von ihnen verlangen! (Applaus!) 2. Vor besser informiertem Publikum: Was in einigen wenigen Versuchsschulen mit engagierten Eltern und Lehrern in respektabler Weise gelingt, das gelingt mit normalen Schülern und Lehrern noch lange nicht. Damit Kollegschnule als Regelschule bundesweit anerkannt werden kann, muß sie die Standards der bewährten gymnasialen Bildung übernehmen. Drei Jahre in einer gymnasialen Oberstufe, die durch Kurskombinationen und inhaltliche Ergänzungen eine berufliche Erstausbildung vorbereitet, können durch ein integrierendes Berufsbildungsjahr zur vollen beruflichen Erstausbildung ergänzt werden (Modell 1+3). Wunderbare Übereinstimmung.

Keine Pannen, keine Mißverständnisse: Scheinbar wissenschaftlich abgesicherte Ergebnisse werden von Politikern aufgenommen, aus der Sicht der Praxis bewertet und in Kompromißvorschläge umgesetzt: Die politischen Befürworter der Kollegschnule halten dagegen, daß wenn $2+3=4$ korrekt sei, auch $2+3=3$ gehen müsse. Damit treiben sie bei allem guten Reformwillen nur die pseudowissenschaftliche, paramathematische Argumentation auf die Spitze. Mit dem Kompromißvorschlag ist noch kein Kompromiß gefunden, geschweige denn ein Konsens. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Anhängern und Gegnern der Kollegschnule bleiben bestehen. Und es sieht so aus, als werde Rationalität zur Aufklärung dieser Meinungsverschiedenheiten nur beschränkt eingesetzt, könne vielleicht auch gar nicht unbeschränkt eingesetzt werden.

III. DER KONFLIKT ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND POLITIK

Der Meinungsstreit zwischen Gegnern und Befürwortern hat politische Wurzeln, bezieht sich aber auf einen sachlichen Bereich, in dem das verhandelte Problem, ob Integration beruflicher und allgemeiner Bildung oder nicht, sich stellt und zunächst rational geklärt werden müßte. Wissenschaftler haben sich dazu geäußert, wenn sie von den Politikern gefragt und auch, wenn sie nicht gefragt wurden. Kaum jemand staunt, daß Stellungnahmen von Wissenschaftlern die erhoffte Wirkung

verfehlen. Kein wissenschaftliches Urteil hat den politischen Streit gedämpft; kein neu eingebrachter sachlicher Aspekt konnte die Kontroverse erweitern. Die Neigung ist groß, einfach hinzunehmen, daß Politiker sich von Nichtpolitikern nur ungern in ihre Angelegenheiten hineinregieren lassen. Aber was verstehen denn eigentlich Politiker unter eigenen Angelegenheiten? Die dürften nur solche sein, die innerhalb der politischen Zunft bleiben. Politische Arbeit berührt die Lebensverhältnisse aller, ist also keine eigene Angelegenheit.

Das hat mit politischer Ehtik nichts zu tun und ist auch nicht als Appell an das Verantwortungsbewußtsein von Bildungspolitikern zu lesen. Die überwiegende Zahl derer, die Politik treiben, handelt im guten Bewußtsein, nicht die eigenen, sondern die gesellschaftlich relevanten Probleme zu bearbeiten. An die wenigen anderen, an die Skrupellosen, wäre ein Appell an ihre eigentliche Aufgabe ohnehin vergeblich.

Betrachtet man die Kontroverse um die Dauer der doppeltqualifizierenden Kollegschul-Bildungsgänge eingehender, dann zeigt sich darin kein ethischer, sondern ein struktureller Mangel: Der wesentliche Bezug, in dem hier der bildungspolitische Konflikt um die Integration beruflicher und allgemeiner Bildung berührt wird, bleibt völlig unbeachtet: Bildungspolitikern unterstellen wie selbstverständlich, daß die Entscheidung über die Dauer des normalen Abiturbildungsgangs einer Naturgesetzlichkeit gehorcht, gegen die doppeltqualifizierende Bildungsgänge verstoßen – also sind sie wider die Natur der Dinge. Es irritiert sie überhaupt nicht, daß die einen Absolventen der widernatürlichen Bildungsgänge mit Erfolg studieren und die anderen erfolgreich einen Beruf ausüben. Wenn sie zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Frevel an der geheiligten Allgemeinbildung eine Studienqualifikation einbringt, so empört sie das nur noch mehr – es veranlaßt sie keineswegs zur Frage, wie eine Doppelqualifikation in 3 Jahren gelingt. Die Frage haben sie zwar selbst gestellt, aber offenbar nur in der rhetorischen Absicht, festlegen zu können, daß 3+2 jedenfalls nicht weniger als 4 ergeben dürfe.

Nach einer inhaltlich begründeten Antwort sollten Politiker zumindest solange suchen, wie sie über die Sache streiten. Diese Antwort zu formulieren, setzt die genaue Kenntnis der schulisch initiierten Bildungsprozesse voraus; weiter verlangt sie ein klares Kriterium für das, was Studienqualifikation genannt wird. Aber weder jene Kenntnis noch dieses Kriterium haben die Bildungspolitikern zu bieten, die aus der Addition von mehreren hundert Stunden in Deutsch, Mathematik, Religion... und einigen hundert Stunden beruflichem Unterricht schließen, daß dies nicht zu bewältigen sei. Ob aber 60 Stunden Mathematik mehr oder weniger zum Studium unerläßlich sind, fragen sie sich nicht – mit Grund, denn die Festlegung einer Gesamtstundenzahl für den Unterricht in bestimmten Fächern erlaubt die einfach scheinende Entscheidung darüber, wer studieren darf und wer nicht.

Die im bildungspolitischen Dauerstreit verhakten Reformgegner und -befürworter können um eine Sache feilschen, die weder analytisch noch empirisch irgend hinreichend geklärt ist. Antworten und Rezepte werden auf Fragen gehandelt, die niemand ernsthaft gestellt hat. Diejenigen, die sich damit befassen, werden nicht einmal herangezogen, geschweige denn aufgefordert, Ungeklärtes zu klären. Politi-

ker, die selbstredend nicht in allem kompetent sein können, schließen Kompetenz aus, deren sie offensichtlich bedürfen.

Ein anderer, seltenerer, Fall politisch ignoriertes wissenschaftlicher Kompetenz, gibt weiteren Aufschluß über die Bedeutung des Konflikts zwischen Wissenschaft und Politik. Wissenschaftler, die den Kollegschulversuch durch ihre Arbeit mit auf den Weg brachten, ihn begleiteten und evaluierten, äußerten in einem die wesentlichen Ergebnisse ihrer Begleitforschung zusammenfassenden Aufsatz, der in einer Fachzeitschrift erschien, auch Kritik am Verlauf der Reform. Sie hielten dies aus Gründen wissenschaftlicher Redlichkeit für selbstverständlich, zumal ihre Kritik mit den Reformergebnissen begründet werden konnte. Die Reformgegner sahen sich plötzlich von unvermuteter Seite bestätigt. Begierig griffen sie die Kritik auf und hielten sie den Reformbefürwortern vor. Die in dem Aufsatz erörterten Reformfolge wurden mit einer irrwitzigen Logik bezweifelt: Die Untersuchung sei methodisch fragwürdig. Gleiches galt natürlich nicht für die negativen Ergebnisse, deren Gültigkeit sie für die Abwicklung ihrer politischen Geschäfte benötigten.

Die Befürworter der Reform haben differenzierter reagiert. Manche waren aus Respekt vor der Sachkenntnis der Autoren enttäuscht, daß das bildungspolitische Reformprojekt, für das sie sich eingesetzt haben, zu keinen besseren Resultaten führte. Andere haben sich im Glauben an den Erfolg ihrer Politik nicht irritieren lassen und die Kritiker der Illoyalität bezichtigt, wenn nicht der politischen Dummheit.

Die im Bangen um das öffentliche Ansehen der Reform sich ausdrückende Sorge der Befürworter um Reformerfolg mag subjektiv aufrichtig empfunden sein. Objektiv jedoch bestätigen auch ihre Reaktionen auf die Autoren die politischen Verhältnisse, an denen Reformen scheitern. Solange nämlich der Erfolg von Reformen nicht an ihrem immanenten Maßstab gemessen werden darf, also an ihrem Anspruch – was die Autoren taten, als sie die Ergebnisse bewerteten –, ist eine förderliche Position zum Projekt gar nicht denkbar.

Was war der Auftrag der Wissenschaftler? Sie begleiteten die Reformpraxis und nahmen Partei für den Reformanspruch. Abweichungen davon, zumal solche, die unter Hinweis auf nötige Rücksichten die Reaktion des politischen Gegners einkalkulierten und deshalb von den politischen Befürwortern empfohlen wurden, registrierten die Wissenschaftler kritisch und klagten damit implizit die Geltung pragmatischer Ansprüche wieder ein als die in Bezug auf die Reformabsichten allein rationalen.

Das machte sie den Politikern verdächtig, freilich auf entgegengesetzte Weise. Die kritischen Wissenschaftler bedrohten die heile Welt der Befürworter, die das gute Reformergebnis aus wenig sachhaltigen Gründen, nämlich als Erfolg ihrer Politik, wünschten. Und obwohl die wissenschaftlichen Kritiker den Befürwortern unmißverständlich sagen konnten, daß gewisse Entscheidungen in Dingen der Reform zu revidieren seien, um ihren Erfolg beizeiten zu ermöglichen, wurden diese Hinweise als politisch idiotischer Eingriff abgetan: Die Reform werde durch solche Kritik nicht unterstützt, sondern durch die vorgebrachten Argumente madig gemacht. Des Gefühls der Verunsicherung durch Kritik entschlugen sich die

politischen Befürworter mit dem Gegenwurf, Kritik spiele nur dem politischen Gegner passende Argumente zu.

Trotz der Kritik spürten die Gegner das Engagement der Kritiker für die Sache und interpretierten es, im Gegensatz zu den Befürwortern, richtig als diejenige Haltung zur Reform, die schließlich allein den Erfolg garantieren kann: Käme Konsequenz in die Reformpolitik, müßte wohl aus dem, was man bekämpft, etwas werden. Also geht von der Haltung der Wissenschaftler die eigentliche Gefahr aus. Die Befürworter ignorierten die kritische Bewertung der Autoren, also die Position, von der das Wohl des Versuchs abhängt. Im Gegenzug revanchierten sich die



Gegner, denen das problematische Verhältnis zwischen bildungspolitischen Befürwortern und Wissenschaftlern nur recht sein kann, bei den Befürwortern, indem sie deren Prophezeiung, die Kritik schade der gemeinsamen Sache, erfüllten – sie zitierten aus der Kritik mit dem Gestus: »Seht her, wenn schon die Protagonisten der Reform an dieser Mängel nachweisen, wie schlimm muß es dann in Wirklichkeit um das Ganze bestellt sein.«

Weil die Begriffe »Erfolg« und »Scheitern« politisch besetzt sind, geht es eigentlich nur um den Erfolg der Reformpolitik. Daß ein Erfolg der Reformpolitik nur mit einer erfolgreichen Reform sich einstellen kann, ist eine Annahme, die die logischen Eigenheiten der Sprache nahelegen. Von der Wirklichkeit ist sie nicht gedeckt. Der politische Erfolg ist nicht identisch mit dem erfolgreichen Reformabschluß. Weil sich Politiker nicht wirklich um die Sache kümmern, bleiben nur Fachleute und Wissenschaftler, die die Erfolgskriterien erarbeiten, die dem politisch unterstützten Reformprojekten angemessen sind.

Wissenschaftler stehen schon aufgrund ihrer Arbeitsweise den Sachen näher. Politikern sollte man zugute halten, daß ihr Handeln nicht allein von der Komplexität von Sachverhalten bestimmt sein kann, weshalb sie verständlicherweise danach streben, der Komplexität sich zu entziehen. Eben darum bedürfen sie des Rats derer, die in ihrem weitaus beschränkteren Arbeitsfeld komplexe Zusammenhänge analysieren können – des Rats von Wissenschaftlern also, deren Tätigkeit Spezialisierung ist. Aber was geschieht beim Versuch, sachhaltige Argumente in die politische Auseinandersetzung einzuführen? Sie sollen politisch zugerichtet und aufbereitet sein, geschehe dies auch auf Kosten ihres sachlichen Gehalts. Das rührt von der Verschiebung der Maßstäbe von der immanenten, sachlichen Ebene auf die politische her. Das politische Kriterium für Erfolg besteht darin, daß das Neue, das Reformprojekt, sich am Alten messen lassen muß. In unserem Beispiel heißt das, daß die Kollegscheule, die Bildung als Berufsbildung konzipiert hat, besser sein muß als das Gymnasium und nicht das prinzipiell andere sein darf, wie es ihrer Konzeption entspräche. Nachdem die Befürworter der Reform die Legitimationsforderungen ihrer Gegner akzeptiert haben, bestünde der politische Erfolg des Reformprojekts Kollegscheule darin, daß Kollegschüler eine bessere Allgemeinbildung als Gymnasiasten zeigen. Die ultima ratio der konservativen Bildungspolitik bleibt das Gymnasium, das auch die Progressiven als Maßstab bei Leistungsvergleichen widerspruchslos hinnehmen, statt die Kriterien anzulegen, die dem Konzept der Kollegscheule entsprechen. Daß politische Positionen sich der den Sachen immanenten Logik verschließen, ist ein wesentlicher Grund für den faktischen Immobilismus in der Politik. Die ständigen Auseinandersetzungen um den rechten Weg, um die Gestaltung der Gesellschaft haben ihre Basis nicht in einem Problembewußtsein, sondern in *Haltungen zu Problemen*. Diese Haltungen sind ebenso allgemein wie die wirklichen Probleme spezifisch.

IV. Der ideologische Gehalt des Konflikts

Was der prinzipielle Konflikt zwischen Wissenschaftlern einerseits und politischen Befürwortern und Gegnern andererseits offenbart, ist die Dominanz von *Meinun-*

gen. Das wäre nicht bemerkenswert, wäre da nicht der seltsame Umstand, daß die »Meinungsträger« ihre Meinungen oftmals mit ausgewählten sachlichen Argumenten verdecken. Die Sachlichkeit von Meinungen nimmt allerdings keiner so recht ernst. Deshalb ist schwer zu verstehen, daß wissenschaftliche Auffassungen überhaupt eingeholt und zitiert werden und daß sie Politikern nutzen, obwohl niemand an deren Sachhaltigkeit glaubt. Einmal scheint es eine Autorität der Wissenschaft zu geben, ein andermal nicht. Man muß also fragen, warum Politiker auf Sachargumente Wert legen, obwohl sie selbst und alle Welt sachlich fundierten Positionen zutiefst mißtrauen, jedenfalls dann, wenn sie sich nicht mit ihren Meinungen decken.

Der Widerspruch ist einfach aufzuklären: Nicht die Wissenschaft hat Autorität, sondern der Wissenschaftler. Dies erscheint in einer eher harmlosen Form im Beispiel der Radiosendung: Ein Physiker hat sich gegen eine große Schulreform ausgesprochen; unwidersprochen blieb, daß er dies nur mit einem äußerst partikularen Argument begründen konnte. Aus seiner Sicht als Physiker taugte eine einzelne Richtlinie für Physikunterricht nichts. Ein vergleichbarer Fall von gläubiger Personalisierung wissenschaftlicher Autorität liegt vor, wenn ein namhafter Physiker seine Reputation für die Friedensbewegung einsetzt. Seine Forderung nach Frieden und Überleben, als individuelle vorgetragen, hat sicherlich kein größeres Gewicht als die gleiche Forderung jedes anderen Individuums. Und doch muß es so sein, denn sonst könnte sein Eintreten für den Weltfrieden kaum mehr Wertschätzung genießen als das beliebiger anderer, schon gar nicht, wenn der Fürsprecher des Friedens nicht Friedens- sondern Physiknobelpreisträger ist.

Nicht Sachen haben Bedeutung, sondern Personen, die zu ihnen sich äußern, haben Autorität. Eine freilich, die schwindet, sobald sie auf ihrem sachlichen Anliegen beharren. Wäre es umgekehrt, entfielen die für Politiker bequeme Auswahl von Argumenten. Die geschätzte Autorität der Person des Wissenschaftlers müßte auf die Bedeutung seines sachlichen Anliegens zurückgeführt werden, wodurch dieses Geltung erlangen würde. Tatsächlich wird die Position von zu Rate gezogenen Wissenschaftlern in der Politik als *Meinung* aufgefaßt, also spezifisch um das verkürzt, was das Ansehen der Person begründen sollte. Kompetent ist jemand nicht an sich, sondern für etwas.

Selbstverständlich ist es legitim, eine Meinung zu haben, auch eine irrige. Mit Meinungen ist immer nur ein Geltungsanspruch verbunden, der zu ihrer Überprüfung auffordert, unabhängig davon, ob das dem Vermeinenden genehm ist oder nicht. Rationales Verhalten gegenüber sich widersprechenden Meinungen besteht allein in der adäquaten Interpretation derjenigen Bedingungen, unter denen eine je besondere Meinung sich gebildet hat. Wissenschaftliche Argumente als Meinungen aufzufassen, heißt, auf die Aufklärung der spezifischen Konstitutionsbedingungen von Sachverhalten zu verzichten, im Extremfall sogar, diese Möglichkeit zu leugnen. Worin besteht aber ein rationales Verhältnis zur wissenschaftlichen Autorität? Gewiß nicht im Glauben, die Wissenschaft habe im Falle von Kontroversen stets Recht und die Politiker Unrecht. Politische Gegner und Befürworter von Reformen schließen sich, wie der Streit um die wissenschaftliche Kritik am Reformprojekt Kollegschole zeigt, gegen die wissenschaftlichen Kritiker zusammen, gerade

dadurch, daß sie deren Argumente in die politischen Kontroversen hineinnehmen; es sieht aus, als ginge der Streit um Grundsätzliches – tatsächlich wird durch den politischen Streit die in Frage stehende Sache herausgehalten. Und eben dies ist für den Fortgang der Politik entscheidend.

Was der politische Meinungsstreit unterdrückt, ist das potentiell *rationale Verhältnis zur Gesellschaft*. Die Möglichkeit zur rationalen Verhandlung offener Fragen ist den Wissenschaften immanent. Dabei spielt keine Rolle, ob sie gegenüber politischen Auffassungen sich inhaltlich überlegen zeigen – die Irrtumswahrscheinlichkeit mag bei Wissenschaftlern sogar höher sein, weil im sozialen System Wissenschaft der unter politischen Handlungsbedingungen entstehende Pragmatismus schlecht gedeiht. Dieser Pragmatismus fördert die subjektive Urteilsfähigkeit. Aber die Konstitution auch eines falschen wissenschaftlichen Urteils schließt die Beziehung auf die Sache ein; und gerade wenn das Urteil umstritten ist, fordert es zu seiner Überprüfung an der Sache heraus. Ihr charakteristisches Insistieren auf dem sachlichen Gehalt ist das, was die wissenschaftliche Kritik politisch so unbequem macht. So, wie sie argumentieren muß, steht sie quer zum politischen Meinungsstreit. Daraus erklärt sich das Zusammenspiel der Politiker gegen die Kritiker.

V. Zum Verhältnis zwischen Rationalem und Sozialem

Wissenschaft ist Suche nach Wahrheit. Diese Suche ist begleitet von Erfahrungen, wie man herausfindet, was als wahr gelten kann. Wissenschaft verleiht dem Subjekt Macht über Sachverhalte der materiellen und sozialen Welt, dies aber nur, indem sich das Subjekt diesen Sachverhalten unterwirft und die Widerständigkeit der Sachen anerkennt, über die es seine Macht behaupten will. Mag sein, daß bereits die Macht der Dinge, mit denen man nicht alles machen kann, was man mit ihnen machen will, in der Irrationalität von Meinungen zu Protest geht, daß im Beharren auf einer unaufgeklärten Meinung eine Furcht vor der Macht der Natur und eine durch die Natur der Dinge gekränkte Herrschsucht enthalten sind. Indessen ist die Macht der Dinge, der Rationalität sich unterwerfen muß, weil es ohne Unterwerfung des Subjekts (sub-jectum) keine Rationalität geben kann, untrennbar verbunden mit der Herrschaft, die aus der Verfügung über den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß erwächst.

In diesem Prozeß funktioniert Rationalität hinter dem Rücken der Subjekte, indem sie deren Vernunft, ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit einschränkt und auf Routinen reduziert. Gerade die Perfektion des entwickelten Steuerungsprozesses immunisiert gegen rationale Argumentation, die die gegebenen Steuerungsprozesse anzweifelt. Dabei ist es gleichgültig, ob die rationale Argumentation auf eine weitere Perfektion zielt oder ob sie genau dieses Prinzip ewiger Perfektionierung zu durchbrechen sucht, weil sie seine Vernünftigkeit bezweifelt.

Wer sich gegen Rationalität abschirmt, indem er sich weigert, seine Meinung dem sachlichen Urteil zu unterwerfen, der wehrt sich gegen die Herrschaft der in der gesellschaftlichen Steuerung geronnenen Rationalität und gegen die Gefahr, jede weitere Entwicklung von Wissenschaft werde auf einen gesellschaftlichen Zustand

hinauslaufen, den zu verändern schließlich niemand mehr fähig sein werde.³ Schirmen sich Politiker gegen Rationalität ab, dann verdient das eine gewisse Sympathie, weil in der Logik ihres Verhaltens das Unbehagen an instrumenteller Vernunft durchscheint. Recht scheint der Minister zu haben, wenn er gegen das wissenschaftliche Urteil an seiner schlicht formulierten Meinung festhält. Wenn Politiker sich – in der Regel unbewußt – auch dort der Rationalität verweigern, wo das Gemeinwohl eine Veränderung bestehender Verhältnisse dringend erfordern würde, vertrauen sie auf das soziale Ansehen, das Meinungen genießen. Die den Politikern aus der Verfügung über die Rationalität zuwachsende Herrschaft schützt und hindert sie gleichzeitig, Rationalität zur Veränderung der Verhältnisse da einzusetzen, wo die Interessen aller dies erforderten.

So kommt es zum Stillstand der gesellschaftlichen Entwicklung, der à la longue mit dem Verlust politischer Intelligenz und Energie verbunden ist; was fortgeht, ist die Rationalität der Rationalisierung, weil die materielle Reproduktion zu steigern, für die Logik der Herrschaft ohne Risiko bleibt. Außerdem schützt das statische Gefüge von Meinungen, das sich hinter einem permanenten Meinungs Austausch als Meinungsstreit verbirgt, vor politischen Risiken.

Dieses Meinungsgefüge bedeutet sozial Leerlauf. Die Abkehr von den Sachen verleiht den menschlichen Interessen kein höheres Gewicht. Weil die fälligen und gefällten Entscheidungen gegen die Dinge willkürlich bleiben, sind sie willkürlich auch gegen menschliche Interessen, die nur im Zusammenhang mit der Sache durchgesetzt werden können. Meinungen, die mit Macht verbunden und verbündet sind, unterwerfen sich den Regeln der Herrschaft. Je unglaublicher sie sind, desto höher fällt der Sieg des Glaubens über das Wissen aus. Das stärkt wiederum die Macht der Verhältnisse, weil es die Verfügbarkeit über Meinungen von der vermeinten Sache und dem abkoppelt, was der Verfügung widerstehen könnte.

VI. Nachwort

Ende der 60er Jahre fand die Gesellschaftskritik ein neues Thema, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*⁴. Es ging um die Herrschaft der Technokraten, die sich hinter Sachzwängen versteckten, praktisches Handeln durch zweckrationales Handeln ersetzten. Es schien, als würde sich Webers Prophezeiung einer Gesellschaft von Höri gen erfüllen, die auch Konservative erschreckt. Allerdings wurde schon damals darauf hingewiesen, daß die technokratische Verwaltung der Gesellschaft lediglich eine neue Form der Herrschaft sei, darum der Ideologie bedürfe – die in ihren Mitteln rationale Gesellschaft bleibe ihren Zwecken nach irrational⁵. Aber dies nahmen die Technokratiekritiker nicht ernst. Statt der Irrationalität der Zwecke nachzugehen, machten sie der technokratischen Gesellschaft den eigentlich zu milden Vorwurf, die zwar rational durchgesetzten, aber irrationalen, weil partikularistischen Zwecke, seien nicht konsensfähig, womit der ideologische Charakter fortbesteht: Ist, wie Habermas vermutet hat, die Ablösung praktischen Handelns durch zweckrationales tatsächlich vollzogen worden oder zeigt sich die Ideologie gerade daran, daß diese Ablösung praktischen Handelns durch technisch-wissen-

schaftliches nur vorgetäuscht ist, um den eminent praktischen Charakter von Politik und Ökonomie zu verschleiern und um das System vom Zwang zur demokratischen Legitimation zu entlasten?

Der Unterschied in der Diagnose ist für die Kritik entscheidend. Trifft Habermas' Behauptung zu, dann regieren die Technokraten tatsächlich und verhelfen dem System zu einer effizienten Verwaltung, die die sozialen Belange der Mehrheit ignoriert; die ökonomisch potente Minderheit übervorteilt die Mehrheit. Ein ideologischer Pragmatismus beherrscht das Bewußtsein der Leitungsspitze und das der ihr gehorchenden Chargen; ihre Politik ist von kalter Sachlichkeit bestimmt, die das Unrecht der Klassengesellschaft nicht beseitigt, sondern den Mangel oberhalb kritischer Grenzen verwaltet.

Dieser Diagnose widerspricht allerdings einige Erfahrung. Rationalität hat nicht in Politik und Ökonomie Einzug gehalten. Die Beliebigkeit von Meinungen legt die gegenteilige Vermutung nahe. Von einer Vorherrschaft der Sachen kann keine Rede sein. Die Behauptung von Sachzwängen steigert die Bequemlichkeit der Regierenden, sie ist wahr, weil die Imperative eines ständig expandierenden Systems politisch befolgt werden müssen und sie ist zugleich falsch, weil Handeln nach Sachzwängen über die Subjektlosigkeit der Politik hinwegtäuscht. *Die Ursache für das Unterlassen von Reformen auch angesichts ihrer unabweisbaren Notwendigkeit sind nicht Sachzwänge, sondern der kollektive Verlust politischer Identität.* Die Behauptung, die technokratische Herrschaft sei angebrochen, ist selbst eher ideologisch als kritisch. Sie verdeckt, daß Zweckrationalität und instrumentelles Handeln keineswegs dominieren, vielmehr für die Legitimation derer erhalten müssen, die mit Meinungen ihre Geschäfte treiben. Die Herrschaft der Meinungen steht für zweierlei, sowohl für das Irrewerden an einer undurchschaubaren Gesellschaft als auch für die Wirksamkeit von Ideologie, an der Gesellschaft sich gleichwohl durchschauen läßt. Die Durchsetzung willkürlicher, aber zur Herrschaft funktionaler Meinungen drückt im kleinen die individuelle Unfähigkeit zum Urteilen als Basis der rationalen Meinungsbildung aus und im großen die Hinfälligkeit individueller Vernunft. Sie ist die Konsequenz der Irrationalität der Zwecke, die die Fähigkeit zu politisch rationalem Handeln zerstört. Meinungen werden durch Fraktionszwang gebildet. Ihre Beliebigkeit schmiert das Getriebe der sozialen Ordnung, die als moderne Gesellschaft zu bezeichnen, wir gewohnt sind.

1. Vgl. Gruschka / Rüdell in diesem Heft.

2. Vgl. dazu *Dokumentation* in diesem Heft.

3. über Menschen, die sich der Herrschaft der Rationalität konsequent entziehen, indem sie sogar das rationale Gespräch über ihre Verweigerung verweigern, denkt KOROL in diesem Heft nach.

4. Jürgen Habermas, Frankfurt 1967

5. Th. W. Adorno, *Negative Dialektik*, Frankfurt 1969, S. 265.